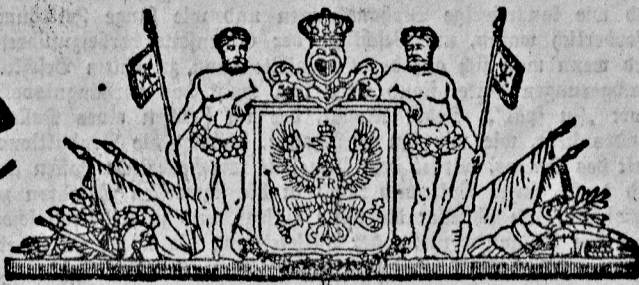


# Vossische



# Zeitung

Gegründet

1704

15 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600 - 3608, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 - 3695, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Reparationsvorschläge der englischen Wirtschaft.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

London, 7. Dezember.

Der Exekutivrat des Verbandes englischer Handelskammern hat sich gestern mit der Reparationsfrage befaßt und dann eine Entschliebung angenommen, die dem Premierminister vorgelegt werden soll. In dieser Entschliebung kommt zum Ausdruck, daß es dringend notwendig sei, Deutschland ein Moratorium für eine bestimmte Zahl von Jahren zu gewähren. Es sei ferner unbedingt notwendig, daß für die Reparationen eine Summe festgesetzt werde, deren sich Deutschland in einer vernünftigen Zahl von Jahren entledigen könne, ohne den Handel der Welt zu schädigen. Wenn ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden müsse, um es dazu zu zwingen, die Reparationen zu zahlen, dann müßten die Alliierten sich über die Formen, die dieser Druck annehme, verständigen.

Ferner wird in der Entschliebung zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, daß Deutschland unverzüglich eine internationale Anleihe aufnehmen kann mit Garantien für die Zinszahlung und Amortisation, und daß in Gold zahlbare Abgaben dazu dienen müßten, Kapital und Zinsen der Anleihe zu bezahlen. Um dieses Ergebnis zu erreichen, müßten die Alliierten die Fülle unter eine internationale Kontrolle stellen. Die Handelskammern wenden sich gegen den Gedanken, daß die englische Regierung die Verantwortung für den Anleihebetrieb übernehmen soll, verlangen jedoch, daß die militärische Besetzung aufgehoben wird, soweit die Sicherheit es gestattet.

Die Anwesenheit der drei amerikanischen Botschafter Harvey, Houghton und Fletcher in London wird als außerordentlich bezeichnend angesehen. Man nimmt an, daß zu irgend einem Zeitpunkt der Konferenz der eine oder der andere der drei Botschafter oder alle drei als Vertreter der Vereinigten Staaten an den Besprechungen teilnehmen werden. Man neigt zu der Ansicht, daß nach der amerikanischen Intervention in Lausanne Amerika der neuen Konferenz als Beobachter seine Unterstützung geben wird.

### Der 10. Dezember.

Ingoßstadt-Passau — Ersetzung der Kontrollkommission — Reparationsproblem.

Das Reichskabinett ist heute schon um 9 Uhr vormittags zusammengetreten. Zur Beratung standen die drei augenblicklich aktuellen Fragen der inneren und äußeren Politik: die Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz vom 30. November, die die Sühneforderungen für die Vorfälle in Ingoßstadt und Passau betrifft, die Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz betreffend die Bedingungen, an deren Erfüllung die Alliierten die Ersetzung der Militärkontrollkommissionen durch ein „Garantie-Komitee“ erwägen wollen, und drittens die neuen Vorschläge, die die deutsche Regierung auf der Grundlage der Note vom 13. November den Alliierten in der Reparationsfrage übermitteln will. Zwischen diesen drei Fragen besteht ein allerdings nicht von deutscher Seite, aber von Frankreich künstlich hergestellter enger Zusammenhang. Man weiß, daß die Erfüllung der Sühneforderungen für Ingoßstadt und Passau bis zum 10. Dezember befristet ist, und daß ebenfalls bis zum 10. Dezember die Antwort der deutschen Regierung über die Kontrollkommissionen verlangt wird.

Es ist natürlich kein Zufall, daß Poincaré für beide Antworten der Reichsregierung den 10. Dezember als Termin festgesetzt hat, den Tag nach dem Zusammentritt der alliierten Ministerpräsidenten in London, den Zeitpunkt der Botschafterkonferenz für die Brüsseler Finanzkonferenz. Immer wieder, wenn die Alliierten vor wichtigen Entscheidungen in der Reparationsfrage stehen, wird von Poincaré irgendetwas hervorgeholt, möglichst auf militärischem Gebiete, was ihm den Vorwand geben könnte, Deutschlands schlechten Willens anzulagen.

Dieser künstlich hergestellte Zusammenhang kann nicht unberücksichtigt bleiben bei der Formulierung der deutschen Antworten, die am 10. Dezember fällig werden. Das Reichskabinett ist heute vormittag in keinem der drei Punkte, die seine Tagesordnung bilden, zu einer endgültigen Entscheidung gelangt.

Sinsichtlich der Vorfälle in den beiden bayerischen Städten wird die Reichsregierung sicherlich zu jener Genugtuung sich bereit erklären, auf die Frankreich nach dem Völkerrechte Anspruch erheben darf, und der Antwort eine Form geben, die Frankreich jeden Vorwand zu „Pfländern“ im besetzten Gebiete nimmt. Diese Genugtuung kann, da das Reich dem Auslande gegenüber eine

Einheit darstellt, nur von der Reichsregierung ausgehen und nicht von der bayerischen Regierung. Auch die Kontributionen von je einer halben Million Goldmark können, wenn überhaupt, nur vom Reich und nicht von den beiden Städten hinterlegt werden. Doch sieht, wie erwähnt, die Antwort der deutschen Regierung endgültig noch nicht fest.

Das gleiche gilt von der Antwortnote betreffend die Umwandlung der Militärkontrollkommissionen in ein Garantie-Komitee. Auch darüber wird die Entscheidung im Reichskabinett vermutlich erst morgen fallen.

Die neuen deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage sind noch Gegenstand der Erwägungen im Reichsministerium, Erwägungen, die noch nicht völlig abgeschlossen sind und über die daher der Reichsfinanzminister heute im Haushaltsausschusse des Reichstages noch keine Mitteilungen machen konnte. Man hält es für wahrscheinlich, daß der neue Vorschlag der deutschen Regierung bis zur Londoner Konferenz fertig gestellt und den Alliierten übermittelt werden wird, so daß

Außenminister Dr. v. Rosenbergs am Sonnabend den Auswärtigen Ausschuss über die Grundzüge des Vorschlags wird unterrichten können.

Paris, 7. Dezember.

Die Morgenblätter geben lange Meldungen aus Berlin wieder, nach denen die Reichsregierung entschlossen sei, neue Reparationsvorschläge zu machen, die angeblich besonders die Bedürfnisse Frankreichs berücksichtigen und eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung zur Voraussetzung haben. Diese Meldungen interessieren sehr lebhaft, begegnen einstweilen aber erheblichem Zweifel. Die Garantie einer internationalen Anleihe durch die deutsche Großindustrie würde hier befriedigen. Der Gedanke, daß die einzelnen verbündeten Regierungen für die von ihren Angehörigen gezeichneten Abschnitte einer internationalen Anleihe selbst die Bürgschaft übernehmen müßten, hat auch in Frankreich Anhänger und würde sich auch durchsetzen können. Dagegen könnte ein Vorschlag auf sofortige Herabsetzung der deutschen Schuld nicht auf Annahme rechnen, da Frankreich diese Herabsetzung unbedingt nur bei Regelung der internationalen Schulden zugestehen will.

## Aktive deutsche Reparationspolitik.

### Hermes' Programmrede.

Im Haushaltsausschusse des Reichstages ging heute der Reichsfinanzminister Dr. Hermes bei der Beratung des Nachtragsetats der Allgemeinen Finanzverwaltung sehr ausführlich auf die verhängnisvolle Entwicklung der deutschen Finanzen und die nicht minder ruhmlose der deutschen Wirtschaft ein. Er wies zunächst auf die bereits bekannten außerordentlich hohen Ziffern des Nachtragsetats hin, die natürlich eine Wirkung der rasenden Geldentwertung darstellen. Bei einer Anzahl von Produkten, namentlich solchen der Eisenindustrie, die jetzt so gut wie vollständig auf ausländisches Erz angewiesen sei, hätten die Preise die Weltmarktparität erreicht, zum Teil vielleicht sogar bereits überschritten. Das ganze Preisniveau habe sich so rapid, daß nicht nur die Möglichkeit der Versorgung der Bevölkerung gefährdet und die Wettbewerbsfähigkeit der für das Ausland arbeitenden Industrie immer mehr geschmälert werde, sondern auch das Kapitalbedürfnis in höchst bedenklicher Weise anschwellen. Wenn einem Lande nach dem Millionenverluste an Menschenleben, die ihm der Krieg gebracht habe, nach mehrjähriger Störung der normalen Gütererzeugung, nach der Abtragung weiter Landesteile mit Arbeitskräften, Arbeitsmaschinen und Bodenschätzen — wenn einem Lande mit so geschmälertem Produktionsbasis innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes so ungeheure einmalige und fortlaufende Leistungen aufgebürdet werden, wie es im Falle Deutschlands geschehen sei, so könne die Blutleere, in die es geraten sei, nicht wundernehmen.

Und wenn, so fuhr der Minister fort, noch immer Stimmen laut werden, daß Deutschland an dieser Verarmung selbst die Schuld trägt, weil es absichtlich die Papiergeldvermehrung ins Unendliche gesteigert habe, so ist das eine Behauptung, die schon so oft mit einwandfreien Gründen von uns widerlegt worden ist, und die durch ihre trotzdem immer wiederkehrende Wiederholung nicht wahrer wird. Es gibt für die Privat- und Staatswirtschaft keine schwerere Last als die Geldentwertung, und in Wahrheit hat niemand an ihr im Lande ein Interesse. Ich sage mit vollem Vorbedacht: „Niemand“, denn der Glanz und das Leben, die sich auf der Geldentwertung aufbauen, sind Scheinglanz und Scheinleben mit dem zweifelhaften und trügerischen Fundament der Banknote. Bonheur hat das in die Worte gekleidet, man müsse endlich mit der Legende des bewußten deutschen Bankrotts aufhören, er hat die vermeintliche Blüte Deutschlands als eine Fassade bezeichnet.

Der Minister beschloß sich dann mit der im Auslande so viel und so irreführend erörterten Frage der „hohen“ Dividenden der deutschen Aktiengesellschaften und erinnerte daran, daß eine Dividende von fünfshundert Mark auf eine mit tausend Goldmark eingezahlte Aktie nur einen Ertrag von 25 Goldpfennigen, also eine Verzinsung mit dem vierzigsten Teil eines Prozents bedeuten. Obwohl die Dividenden effektiv außerordentlich niedrig seien, würden sie im Verhältnis zur Lage der Gesellschaft manchmal immer noch zu hoch bemessen, weil auch manche Aktiengesellschaften Scheingewinne verteilen und nicht genug Abschreibungen und Rückstellungen vornehmen. Diese Gesellschaften lebten von der Substanz. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung lebe von der Substanz seines Vermögens. Der Mittelstand sei heute überhaupt nur noch dadurch lebensfähig, daß er sich der Güter entäußere oder sie verbräuche, die er in besseren Zeiten angesammelt habe. „Was für den einzelnen und für einzelne Teile der Volkswirtschaft gilt, das gilt auch für die Gesamtheit. Wir können nicht so viel Werte produzieren, um ohne Rückgriff auf die Substanz unsere Verpflichtungen, die sich in der Handels- und Zahlungsbilanz widerspiegeln, zu erfüllen. Ganze Häuserreihen in den deutschen Städten gehen aus deutschem in ausländischen Besitz über, und auch auf deutsche Aktiengesellschaften legt das Ausland die Hand. Alles das, weil die deutsche Wirtschaft von der Substanz zehren muß.“

Dr. Hermes erinnerte dann an das ungeheure Anschwellen der Indeziffern — Indez der Lebenshaltungskosten auf das 446fache,

Indez der Großhandelspreise auf das 1230fache der Vorkriegszeit — und zeigte, wie die Geldentwertung die zunehmende Verschlechterung des Verhältnisses von Einnahmen und Ausgaben im Etat herbeigeführt habe. Der Etat von 1921 habe viel günstiger abgeschlossen, als man nach dem Voranschlage erwartete. Im Ordinarium habe sich namentlich durch das Anwachsen der Steuererträge, statt eines Fehlbetrages von 19 Milliarden ein Ueberschuß von 7 Milliarden ergeben, wobei alle im Jahre 1921 vom Reiche geleisteten Zuschüsse zur Verbilligung von Lebensmitteln aus den laufenden Einnahmen des ordentlichen Haushaltes gedeckt worden seien. Auch im Exordinarium sei der Anleihebedarf schließlich um rund 5 Milliarden kleiner gewesen, als nach dem Voranschlage.

Die finanzielle Entwicklung der ersten drei Monate des Rechnungsjahres 1922, in denen 48 Milliarden Mark an Steuern und Abgaben eingingen, während man den Gesamtjahresertrag auf 108 Milliarden geschätzt hatte, beweise, daß selbst noch bei einem Dollarstande von etwa 300 Mark das deutsche Budget im allgemeinen hätte im Gleichgewichte erhalten werden können. Bei gleichbleibenden Preisverhältnissen wären von einem Gesamtbetrage der zu erwartenden Einnahmen von etwa 200 Milliarden rund 30 Milliarden für die Reparation verfügbar gewesen, dazu ungefähr 45 Milliarden aus der Zwangsanleihe, insgesamt also etwa 75 Milliarden oder — bei einem Dollarstande von 300 Mark — der Gegenwert einer Milliarden Goldmark. Alle diese Möglichkeiten seien durch die Entwicklung des Marktkurses in den folgenden Monaten vernichtet worden.

Der Reichsfinanzminister erläuterte dann im einzelnen die Ziffern des Nachtragsetats, dessen Aufbau und dessen Einzelheiten in der „Vossischen Zeitung“ bereits dargestellt wurden. Die nächste Aufgabe des Reichstages sei die Prüfung, ob bei der Aufstellung des Etats genug weitgehende Sparsamkeit geübt worden sei. Alle Wünsche, die auf die Schaffung neuer Ausgaben hingen, müßten so weit wie irgend möglich zurückgestellt werden.

Für die Balancierung des ordentlichen Etats sei von entscheidender Bedeutung, daß es der Finanzverwaltung gelinge, die Steuererträge so gut wie möglich durchzuführen. Auch könne man nicht sagen, daß die Steuerbehörden allen Aufgaben restlos gewachsen seien. Die Behörden und Beamten setzten alles daran, ihre Pflicht zu erfüllen. Die Ueberlastung der Steuerbehörden müsse aber durch Vereinfachung der Zusammenfassung der Steuern und Steuernormen und durch Befreiung mit einer ausreichenden Beamtenzahl gemildert werden. Es sei in diesem Zusammenhange günstig, daß sich die Vermehrung der Zahl der Steuerbeamten mit dem Abbau der übersehten Eisenbahn- und Postverwaltung verknüpfen lasse.

Die Neuregelung des finanzpolitischen Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden durch die Novelle zum Landessteuergesetz, werde dem Reiche zweifellos nicht unbeträchtliche Einnahmeausfälle durch erhöhte Ueberweisungen bringen. Länder und Gemeinden müßten durch strengste Sparsamkeit auch das Ihrige zur Befriedung unserer Finanzen tun.

Nachdem er einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der schwebenden Schuld gegeben hatte, — Steigerung im November um 235 Milliarden — führte der Minister aus, daß wir auf Grund des Friedensvertrages im laufenden Jahre geleistet haben: an Barzahlungen 928 Millionen Goldmark, dazu aus dem Rönny-Akt 122 Millionen Goldmark, aus der Lieferung von Kohle 179 Millionen Goldmark, Lieferung von Tieren 70 Millionen Goldmark, von Chemikalien 14 Millionen Goldmark, an Ausgleichsbezahlungen 177 Millionen Goldmark.

Zu der ausländischen Presse sei seinerzeit nach Erlebigung der Angelegenheit der belgischen Schatzwechsel angefaßt, daß bald nachher wieder ansteigenden Dollarkurses davon gesprochen worden, daß die mit der Regelung der belgischen Frage erreichte Atempause nicht zu einer Verhütung der Mark geführt habe, und man habe hieraus die Notwendigkeit gefolgert, daß Deutschland selbst die Besserung seiner Währung in die Hand nehme. Diese Auffassung enthalte eine verhängnisvolle Verkennung der